https://rt-english.com/news/648825-gemany-spy-agencies-new-powers/

Gestapo 2.0? Deutschland gewährt Geheimdiensten weitreichende neue Befugnisse

Die umstrittene Reform ermöglicht es den Geheimdiensten, Sabotageakte durchzuführen, heimlich Wohnungen zu betreten und die Überwachung auszuweiten.

13. November 2026

Der Deutsche Bundestag hat ein umfassendes Gesetz verabschiedet, das den deutschen Geheimdiensten beispiellose Befugnisse zur Durchführung von Sabotageaktionen, zum heimlichen Betreten von Wohnungen und zum Ausbau der Überwachung einräumt. Das umstrittene Gesetz hat Vergleiche mit der Gestapo und der Stasi hervorgerufen, den berüchtigten Geheimdienstorganisationen des nationalsozialistischen Deutschlands und der kommunistischen DDR.

Das Gesetz, das von der Regierungskoalition unter Bundeskanzler Friedrich Merz vorangetrieben wurde, wurde am Freitag mit 300 zu 190 Stimmen bei 71 Enthaltungen verabschiedet. Nur das Regierungsbündnis aus CDU/CSU und Sozialdemokraten unterstützte die Reform. Die rechtsgerichtete Alternative für Deutschland (AfD) und Die Linke lehnten sie ab, während sich die Grünen der Stimme enthielten.

Innenminister Alexander Dobrindt lobte die Neuregelung als „Reform des Jahrhunderts“ und verkündete eine „neue Ära“ für die deutschen Geheimdienste, die diese „auf Augenhöhe mit unseren europäischen Partnern“ bringen werde.

Er rechtfertigte die Maßnahmen mit angeblichen Bedrohungen durch Spionage, Sabotage, Cyberangriffe und andere feindliche Aktivitäten, die darauf abzielen, Deutschland zu destabilisieren.

Von der Überwachung zur Sabotage

Das Gesetz verändert die Rolle der beiden wichtigsten deutschen Nachrichtendienste – des Auslandsnachrichtendienstes (BND) und des Bundesamtes für Verfassungsschutz (BfV) – grundlegend.

Bislang konzentrierten sich beide Dienste vor allem auf die Beschaffung und Auswertung von Informationen; künftig sollen sie Befugnisse erhalten, aktiv gegen vermeintliche Bedrohungen vorzugehen.

Der BND wäre befugt, in ausländische Computernetzwerke einzudringen, von mutmaßlichen Hackern genutzte Server außer Betrieb zu setzen und Daten zu löschen. Seine neuen Befugnisse könnten sich auf die Sabotage ausländischer Chemielabore und Drohnenproduktionsstätten erstrecken oder darauf, Lieferketten zu stören, indem defekte Komponenten in Lieferungen eingeschleust werden, die mit potenziellen Bedrohungen in Verbindung stehen.

Der Inlandsgeheimdienst würde weitreichende Überwachungs- und Eingriffsbefugnisse erhalten, darunter den verdeckten Zugriff auf Smartphones und Computer, das Abfangen verschlüsselter Kommunikation sowie die Auswertung gespeicherter Daten.

BfV-Mitarbeiter könnten zudem heimlich Privatwohnungen betreten, um Überwachungssoftware zu installieren oder mutmaßliche Waffen unschädlich zu machen.

Die Behörde wäre zudem in der Lage, Informationen von Zahlungsdienstleistern, Online-Plattformen und Fahrzeugherstellern einzuholen und dabei KI-gestützte Gesichtserkennung sowie biometrische Abfragen einzusetzen, um potenzielle Verdächtige zu identifizieren.

Die Aufsicht über die erweiterten Befugnisse würde beim Unabhängigen Aufsichtsrat gebündelt, einem 2021 gegründeten, zwölfköpfigen Gremium, dessen Mitglieder vom parlamentarischen Kontrollausschuss des Bundestages ernannt werden.

Bisher konzentrierte sich der Rat vor allem auf die Rechtmäßigkeit der BND-Überwachung; künftig würde er die Befugnis erhalten, Einsatzmaßnahmen beider Behörden zu genehmigen, einschließlich proaktiver Sabotage im Ausland.

Außerdem wäre er verpflichtet, den parlamentarischen Kontrollgremien mindestens einmal jährlich Bericht zu erstatten und öffentliche Berichte zu veröffentlichen, in denen geheime Informationen unberücksichtigt bleiben.

Rückkehr der Geheimpolizei?

Die Reform hat heftige Kritik seitens der Oppositionsabgeordneten ausgelöst, die warnen, dass sie die verfassungsrechtlichen Garantien bedroht und die nach dem Untergang des nationalsozialistischen Deutschlands geschaffenen Schutzmechanismen aushöhlt.

Der AfD-Abgeordnete Christian Wirth verurteilte die Reform als „Angriff auf die Rechtsstaatlichkeit mit wahrhaft totalitären Zügen“.

Er kritisierte insbesondere Bestimmungen, die es dem BfV ermöglichen, regionale Geheimdienststellen aus Netzwerken zum Informationsaustausch auszuschließen, und warnte, dass diese gegen politisch „unerwünschte“ Landesbehörden eingesetzt werden könnten.

Im September warf der AfD-Abgeordnete Gottfried Curio der Regierung Merz vor, sich auf eine systematische Verletzung der Grundrechte vorzubereiten, und verwies dabei auf die deutsche Geschichte unter der Gestapo und der Stasi in der DDR.

„Manipulieren, sabotieren, täuschen – mit diesen subversiven Maßnahmen wird der BfV zur Stasi 2.0“, warnte er.

Die Kritik geht über die AfD hinaus.

Der grüne Abgeordnete Konstantin von Notz sprach sich zwar für eine Stärkung des BND aus, warf der Regierung jedoch vor, bei der Reform des Inlandsgeheimdienstes „jegliches Gespür für Bürgerrechte“ zu vermissen. Er warnte, dass das Gesetz vor dem Bundesverfassungsgericht auf „ernsthafte Probleme“ stoßen könnte.

Clara Bünger von der Linken ging noch weiter und warf Dobrindt vor, durch eine bundesweite, KI-gestützte Massenüberwachung die Demokratie zu untergraben und den Grundstein für eine „neue deutsche Geheimpolizei“ zu legen.

Im Mittelpunkt der Kontroverse steht Deutschlands seit langem bestehendes Trennungsprinzip, das verhindern soll, dass Nachrichtendienste polizeiliche Befugnisse erhalten.

Diese Schutzmaßnahme geht auf den „Polizeibrief“ der Alliierten aus dem Jahr 1949 zurück, mit dem das Wiederaufleben einer der Gestapo ähnlichen Organisation verhindert werden sollte. Die Unterscheidung zwischen Nachrichtendienst und Strafverfolgung wurde in der Folge in die Gesetzgebung zu den deutschen Sicherheitsdiensten aufgenommen.

Kritiker argumentieren, dass die Erlaubnis für Geheimdienstmitarbeiter, heimlich Wohnungen zu betreten, in Eigentum einzugreifen und Sabotageakte durchzuführen, diese historische Barriere untergräbt.

Dobrindt hat Vorwürfe, die Reform bedrohe die Demokratie, als „Wahnsinn“ abgetan.

Das Narrativ der russischen Bedrohung

Die Reform des Nachrichtendienstes erfolgt vor dem Hintergrund, dass Berlin seinen militärischen Aufbau vorantreibt, wobei die Regierung unter Merz wiederholt eine angebliche russische Bedrohung anführt, um höhere Verteidigungsausgaben und den Ausbau der Sicherheitskapazitäten zu rechtfertigen.

Deutsche Regierungsvertreter warnen zunehmend vor einer möglichen militärischen Konfrontation mit Moskau und werfen Russland gleichzeitig Spionage, Sabotage und andere feindselige Operationen in ganz Europa vor.

Im vergangenen Monat warnte BND-Chef Martin Jaeger, Deutschland könne „in einen gewaltsamen Konflikt mit Russland verwickelt werden“, und warf Moskau vor, einen „Schattenkrieg“ gegen Berlin zu führen.

Verteidigungsminister Boris Pistorius und der oberste Militärbefehlshaber, General Christian Freuding, haben ebenfalls davor gewarnt, dass Russland noch vor Ende des Jahrzehnts einen Angriff auf die NATO starten könnte.

Moskau hat Behauptungen, es beabsichtige einen Angriff auf NATO-Mitglieder, wiederholt zurückgewiesen und solche Spekulationen als „Unsinn“ und „politische Schizophrenie“ abgetan. Russische Regierungsvertreter haben stattdessen Berlin vorgeworfen, eine weitere Eskalation anzustreben.

Die Kontroverse hat auch eine innenpolitische Dimension. Merz hat die AfD als „von Russland unterstützt“ bezeichnet, ohne diese Behauptung öffentlich zu belegen, während seine sozialdemokratischen Koalitionspartner auf ein Verbot der Oppositionspartei gedrängt haben.

Die AfD, die sich für strengere Einwanderungskontrollen einsetzt und deutsche Militärhilfe für die Ukraine sowie Sanktionen gegen Russland ablehnt, ist zu einem Hauptziel politischer Kritik geworden.

Bei der Verteidigung der Geheimdienstreform am Freitag argumentierte die Bundeskanzleramt-Beamtin Nina Warken, dass Deutschland täglich Bedrohungen durch ausländische Mächte ausgesetzt sei, die „Sabotage als Unfall, Spionage als Geschäftsbeziehungen und Propaganda als Meinung tarnen“.